



© DPoIG M&V (2)



> Gingen für die Forderung von 6 Prozent auf die Straße, unter ihnen auch die komba Beschäftigten.

Einkommensrunde 2018

Warnstreiks in Mecklenburg-Vorpommern

Im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen haben am 14. März 2018 weitere Warnstreiks stattgefunden. Die Arbeitgeberseite hatte auch in der zweiten Verhandlungsrunde in Potsdam auf Zeit gespielt.

Zahlreiche Beschäftigte waren zu einer Kundgebung auf dem Neuen Markt in Rostock zusammengekommen. „Kaum Perspektiven und jede Menge Ausreden“, fasste dbb Tarifchef Volker Geyer den Verlauf der zweiten Verhandlungsrunde dort zusammen. „Wir lassen uns in Zeiten sprudelnder Steuerquellen nicht in eine Rezession reden. Wenn so die Wertschätzung der Arbeitgeber gegenüber ihren Beschäftigten aussieht, dann stehen wir heute zu Recht hier! Die Leistung der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst kommt der ganzen Gesellschaft zugute, und das kostet etwas.“ Statt auf ewig klamme Kassen zu verweisen, sollten die Arbeitgeber den öffentlichen Dienst jetzt end-

lich fit für die Zukunft machen. Dazu zählten attraktive Arbeitsbedingungen und eine vernünftige personelle und materielle Ausstattung, so Geyer. „In den kommenden Wochen werden wir den Druck massiv erhöhen. Dass wir das können, haben wir heute unter Beweis gestellt!“

Der dbb Landeschef Dietmar Knecht kritisierte, dass es auch

im 30. Jahr der Wiedervereinigung noch Nachteile für Beschäftigte der neuen Bundesländer gebe: „Die Angleichung der Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost an das Tarifgebiet West der VKA ist eine unserer Forderungen, die umgesetzt werden muss“, so Knecht.

„Schließlich leisten die Beschäftigten in den neuen

Bundesländern ihren Dienst genauso produktiv, effektiv, rechtssicher und verantwortungsbewusst wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den alten Bundesländern. Wir stehen heute auch hier, damit die Ungleichbehandlung endlich aufhört!“

Hintergrund

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) sind insgesamt etwa 2,6 Millionen Beschäftigte betroffen: 2,3 Millionen Arbeitnehmer des Bundes und der Kommunen, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat, sowie 344 000 Bundesbeamte und Anwärter, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll.

Die wirkungsgleiche Übertragung betrifft hier nur die Bundesbeamten, da die Kommunalbeamten nach den jeweiligen Landesgesetzen besoldet werden. Die nächste und vorerst letzte verabredete Verhandlungsrunde findet am 15./16. April 2018 in Potsdam statt.

Quelle, dbb m-v



> Landeschef Dietmar Knecht beklagt, dass es auch nach 30 Jahren noch Nachteile für die Beschäftigten in den neuen Ländern gebe.

Impressum:
Landesgeschäftsstelle
Hollstraße 13
18273 Güstrow,
Tel.: 03843.682301
Fax: 03843.682303
www.dpolg-mv.de
V.i.S.d.P.: Olaf Knöpken

Neuer Vorstand im Kreisverband Westmecklenburg

Am 21. Februar 2018 fand die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes der DPoIG, Westmecklenburg, in Gägelow statt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem der Bericht des Vorstandes und der Schatzmeisterin. In einer entspannten und doch konstruktiven Atmosphäre war aber auch Zeit, auf Fragen und Anregungen der Mitglieder einzugehen. Hierbei wurde auch besprochen, welche Anträge und Themen durch den Kreisverband Westmecklenburg bei der Landesdelegiertenkonferenz im Herbst eingebracht werden.



© DPoIG M-V

> Stephan Dingler und Bernd Kolz

Der Vorstand sah diesen Rahmen zudem als angemessen an, um Ehrungen zweier langjähriger Mitglieder vorzunehmen. Michael Gniefke wurde für über 15 Jahre und Andreas Weschke sogar für 25 Jahre aktive Mitgliedschaft und ihr Engagement für die DPoIG M-V geehrt. Denn derartige Einsatzbereitschaft bildet die Basis für effektive und zielorientierte Gewerkschaftsarbeit.

Christin Lauche wurde hierbei im Amt der Schatzmeisterin bestätigt. Den Kreisvorstand übernehmen ab sofort Andrej Tielebein als Vorsitzender und Andreas Rakowski als stellvertretender Vorsitzender. Sie wurden einstimmig gewählt und bedankten sich für das in sie gesetzte Vertrauen.

Sie stellten anschließend noch einmal die herausragende Arbeit der bisherigen Vorsitzenden Stephan Dingler und dessen Stellvertreter Bernd Kolz heraus und richteten einen besonderen Dank an beide.

Zum Abschluss der Mitgliederversammlung stand die Wahl des neuen Vorstandes des Kreisverbandes im Vordergrund.



© DPoIG M-V

> Andreas Weschke (links) und Michael Gniefke wurden für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt.



© DPoIG M-V

> Vorsitzender Andrej Tielebein, stellvertretender Vorsitzender Andreas Rakowski, Schatzmeisterin Christin Lauche, Schriftführer Bernd Kolz jgg



dbb m-v im Gespräch mit der Ministerpräsidentin:

Manuela Schwesig will Motivation bei der Polizei steigern



© DPoIG M-V

> Foto mit Wirtschaftsminister Harry Glawe

■ **Innere Sicherheit ist wichtig – Polizei wird aufgewertet**

Mittel aus dem Haushaltsüberschuss 2017 in Mecklenburg-Vorpommern sollen künftig auch für den Bereich Innere Sicherheit verwendet werden. Zudem will die Landesregierung der Polizei 15 Millionen Euro mehr pro Jahr zur Verfügung stellen. Dazu traf Ministerpräsidentin Manuela Schwesig den dbb Landesvorsitzenden Diet-

mar Knecht und Vertreter des Landesvorstandes der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) am Wochenende in Schwerin zu einem Gespräch.

Die dem Land zugesagten 150 zusätzlichen Polizeistellen seien bereits geschaffen worden. Der Effekt werde sich allerdings erst nach der Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten bemerkbar machen. Schwesig betonte: „Daher wird es darüber hinaus bereits

jetzt 15 Millionen Euro zusätzlich für die Innere Sicherheit geben – und das nicht nur einmalig, sondern auch in den kommenden Jahren.“ Innenminister Lorenz Caffier habe den Auftrag, ein Konzept zu erarbeiten, wie die Mittel am sinnvollsten eingesetzt werden. Es sei wichtig, jetzt „auch einmal an diejenigen zu denken, die seit vielen Jahren ihren Dienst bei der Polizei ableisten, wenn sie bei Wind und Wetter im Streifendienst oder bei Demonstrationen im Ein-

satz sind und Sicherheit für Mecklenburg-Vorpommern garantieren“. Auch über die Schaffung weiterer Polizeistellen und Verbesserungen bei den Zulagen sowie zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten müsse gesprochen werden.

dbb Landeschef Dietmar Knecht begrüßte den Vorstoß der Landesregierung: „Unser Bestandspersonal braucht schnell motivierende Schritte wie die Überarbeitung aller



© DPoIG M-V



© DPoIG M-V

Zulagen, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die Schaffung von zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten.“ Die Landesregierung sei mit der Aufwertung der Polizei auf dem richtigen Weg.

„Wir freuen uns, dass wir die Ministerpräsidentin in diesem offenen Gespräch über die Situation der Kolleginnen und Kollegen weiter sensibilisieren konnten und dass nach Jahren der Stagnation in den Bereich von motivierenden Zulagen endlich Bewegung kommt“, stellte DPoIG-Landeschef Olaf Knöpfken abschließend zufrieden fest. ■



DPolG-Betreuung bei Fußballspiel

Hansa Rostock setzte sich am 24. Februar 2018 im Drittliga-Topspiel gegen Spitzenreiter 1. FC Magdeburg mit 1:0 (1:0) durch und gewann damit das Duell zweier Aufstiegsaspiranten. Das Tor des Tages erzielte Bryan Henning.

Vor rund 23 000 Zuschauern (Drittliga-Saisonrekord) im Ostseestadion begann Magdeburg mit offensivem Spiel, die Gastgeber hatten Mühe, ihr Spiel zu ordnen.

Das Geschehen verlegte sich ins Mittelfeld, die bundesligataugliche Kulisse sah ein umkämpftes Spiel, in das die Mecklenburger immer besser hineinfanden.

einen reibungslosen Ablauf dieses Spiels sorgten. In diesem Zusammenhang begrüßt die DPolG das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Bremen, nach dem sich die Deutsche Fußballliga an Mehrkosten für Polizeieinsätze bei Hochrisikospielen beteiligen muss.

DPolG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Damit wird eine



> Maik Schröder und Björn Ritzmann freuten sich.

etwa bei Spielen der Fußballbundesliga entstehen.

hohe Gewinne gemacht werden.

Schon jetzt müssen für Polizei- und Verwaltungsleistungen Gebühren bezahlt werden. Für jeden Steuerzahler gilt, dass er eine Gebühr zahlt, wenn er ein Auto zulässt oder einen Reisepass beantragt. Und natürlich gilt dies auch für Unternehmen, etwa für die Begleitung von Transporten durch die Polizei. Und deshalb muss das auch für den Fußball und andere Großveranstaltungen gelten, wenn mithilfe des Staates

Der gesetzliche Auftrag der Polizei entbindet die Verbände nicht von der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten, denn sie verdienen Milliarden. Die Gebühr muss übrigens keinesfalls zwangsläufig auf die Vereine umgelegt werden, es sei denn, sie beschließen das. Die Einnahmen sollten im Übrigen als Sonderzulage den Kolleginnen und Kollegen zugutekommen, die Woche für Woche nicht aus den Stiefeln kommen.“



> Andreas Steinhöfel, Olaf Knöpfken und Ralf Wunsch versorgten unsere Kolleginnen und Kollegen bei eisigen Temperaturen.

Die umjubelte Führung nach 28 Minuten kam daher alles andere unverdient. Ein spannendes Spiel bei eisiger Kälte. Anlass für die DPolG, unsere Kolleginnen und Kollegen mit warmen Getränken und Kuchen zu versorgen. Das wurde auch dankend von den Einsatzkräften angenommen, die wieder einmal für

seit Jahren bestehende Forderung von uns erfüllt. Es gibt nun mal Bereiche, in denen Polizeikosten nicht über das allgemeine Steueraufkommen finanziert werden sollten. Dazu gehören die polizeilichen Einsatzkosten, die in Millionenhöhe bei auf Gewinn ausgerichteten Großveranstaltungen wie

Geburtstage im April 2018

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPolG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Monat April geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft.

Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein Jubiläum begehen in diesem Monat:

- Wencke Strelow
- Anette Schulz
- Gunnar Pingel
- Enrico Stehler
- Michael Stolt
- Tim Amtage

Der Landesvorstand und die Kreisverbände